



Die Inflation enteignet Arbeitnehmer, Rentner und die Mittelschicht, was jetzt dringend zu tun ist.

(aus der Zeitschrift Focus)

https://www.focus.de/politik/deutschland/weitergedacht/weitergedacht-die-wagenknecht-kolumne-die-inflation-enteignet-die-mittelschicht-was-jetzt-dringend-zu-tun-ist_id_24351561.html

Summary:

Die Preise steigen und steigen, und zwar vor allem da, wo es am meisten wehtut, wie bei Energie und Grundbedürfnissen.

Die Wiederkehr der Inflation ist ein internationales Phänomen. In der Eurozone liegt der mittlere Preisanstieg, der jahrelang um Null pendelte, mittlerweile bei drei Prozent, in den USA sind es über fünf.

Eine Schule der Ökonomie beharrt seit langem darauf, dass Zentralbanken den Markt nicht über viele Jahre unablässig mit Geld fluten können, ohne dass sich das irgendwann in steigenden Preisen niederschlägt.

Auf halbwegs sichere Anlagen gibt es seit Jahren keine Zinsen mehr, immer häufiger werden sogar Negativzinsen fällig. Bei anziehender Inflation bedeutet das eine systematische Enteignung des Kleinsparers, während die Inhaber großer Vermögen von der Kursrally auf den Finanzmärkten profitieren und ihr Portfolio so diversifizieren können, dass Rückschläge und Teilverluste in einzelnen Papieren kein Drama sind.

Das bedeutet dann natürlich für den Normalbürger sinkenden Wohlstand und für die ohnehin schon wenig Begünstigten wachsende Armut.

Was ist zu tun?:

1. Staatsschulden müssen abgebaut werden, damit Zinserhöhungen möglich werden.
2. Die Politik muss alles dafür tun, dass Märkte und Wettbewerb in unserer vermeintlichen Marktwirtschaft wieder halbwegs funktionieren.
3. Der Staat sollte sich dort zurücknehmen, wo er in jüngster Zeit selbst als Preistreiber aufgetreten ist. Man darf nie vergessen: große Teile des Spritpreises bestehen aus Steuern.
4. Schließlich sollten die Regeln am Arbeitsmarkt so verändert werden, dass Arbeitnehmer und Gewerkschaften wieder höhere Lohnsteigerungen durchsetzen können.

Meine Meinung:


- Diese Entwicklung ist schon lange zu sehen und hat sich in den letzten 10 Jahren verstärkt. Trotzdem wählen fast alle Betroffenen weiterhin die Parteien die das eingebrockt haben.
- Solange Politiker über (Schulden-) Geschenke die Bevölkerung beruhigen können, haben sie auch kein Interesse, unpopuläre- aber notwendige - Reformen vorzunehmen. Das könnte sonst ihren Job gefährden.
- Dass es auch anders geht, zeigt Österreich bei den Renten (siehe am Artikelende)

Die Inflation enteignet die Mittelschicht: Was jetzt dringend zu tun ist

Teilen 



Ein Gespenst aus alten Zeiten scheint wieder da zu sein: die Inflation. Während die einen das Problem für vorübergehend halten, sehen andere allein die Zentralbanken in der Verantwortung. Doch die wichtigste Ursache für den Preisauftrieb besteht im Niedergang von Wettbewerb und Marktwirtschaft.

Für Links auf dieser Seite erhält FOCUS Online ggf. eine Provision vom Händler, z.B. für mit  gekennzeichnete. [Mehr Infos](#)

Die Preise steigen und steigen, und zwar vor allem da, wo es am meisten wehtut. Noch nie musste man für einen Liter Diesel so tief in die Tasche greifen. Auch der **Benzinpreis** wird seinen bisherigen Rekord aus dem Jahr 2012 wohl bald überschreiten. Im Schnitt kostet die Tankfüllung zwischen 30 und 50 Prozent mehr als im Vorjahr. Noch schlimmer sieht es bei den Heizkosten aus. Der Heizölpreis hat sich im Vergleich zum Jahresanfang praktisch verdoppelt. Gleiches gilt für Gas, und viele Anbieter haben begonnen, die Preiserhöhungen an ihre Kunden weiterzugeben. Selbst der deutsche Strompreis, der schon lange zu den höchsten **in Europa** gehört und im nächsten Jahr eigentlich durch die steuerfinanzierte Absenkung der EEG-Umlage sinken sollte, wird durch gestiegene Erzeugerkosten und Netzentgelte noch weiter in die Höhe getrieben.

Aber nicht nur die Energiepreise explodieren, auch der Einkauf im Supermarkt ist spürbar teurer geworden. Und von Baumaterial bis E-Bikes gibt es Preissprünge, wie sie Otto Normalverbraucher schon lange nicht mehr kennt. Bei insgesamt 4,1 Prozent lag die gemessene Inflation in Deutschland im September, der höchste Wert seit 1993. Und die Preissteigerungen belasten überproportional die weniger wohlhabende Hälfte der Bevölkerung, da Grundbedarfsgüter besonders betroffen sind.

Die Wiederkehr der Inflation ist ein internationales Phänomen. In der Eurozone liegt der mittlere Preisanstieg, der jahrelang um Null pendelte, mittlerweile bei drei Prozent, in den USA sind es über fünf. Kündigt hier sich hier nach Jahrzehnten relativ stabiler Preise ein neues Zeitalter an? Müssen wir uns Sorgen um den Werterhalt unseres Geldes machen? Oder handelt es sich beim aktuellen Preisauftrieb um ein vorübergehendes Phänomen, das auf die Schädigung der Wirtschaft durch die Lockdowns und die aktuell starke globale Erholung zurückgeht, also auf Sonderfaktoren, deren Einfluss bald wieder verschwinden wird?

Ursache der Inflation nicht nur Sondersituation der Nach-Corona-Zeit

Zumindest die Europäische Zentralbank betont letzteres. Und teilweise stimmt das auch. In Deutschland etwa hat allein die Absenkung der Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 2020 um drei Prozentpunkte und ihre Wiedererhöhung Anfang dieses Jahres den Effekt, dass die Preise jetzt höher sind als vor zwölf Monaten. Auch die Lieferprobleme bei Mikrochips und anderen Importgütern oder die preistreibenden Engpässe im Frachtverkehr sind größtenteils darauf zurückzuführen, dass viele Unternehmen in der Krise ihre Bestellungen drastisch reduziert haben und die jetzt wieder deutlich gestiegene Nachfrage auf geschrumpfte Kapazitäten trifft, die sich nicht über Nacht ausweiten lassen. Aktuell klagen 45 Prozent der produzierenden Unternehmen in Deutschland über Schwierigkeiten beim Einkauf – der höchste Wert, den das Ifo-Institut jemals gemessen hat. Soweit die Preissteigerungen auf solche Engpässe zurückgehen, könnte es sich um vorübergehende Faktoren handeln.

Zugleich deuten allerdings die drastischen Preissprünge im Bereich elementarer Rohstoffe wie Rohöl, Baumwolle, Holz und Eisenerze sowie die zweistellig gestiegenen Großhandelspreise darauf hin, dass uns der Preisauftrieb doch länger erhalten bleiben könnte als uns lieb ist. Und dass seine Ursache nicht nur in der Sondersituation der Nach-Corona-Zeit liegt.

Billige Verschuldung, um krisenbedingte Ausfälle zu kompensieren

Eine Schule der Ökonomie beharrt seit langem darauf, dass Zentralbanken den Markt nicht über viele Jahre unablässig mit Geld fluten können, ohne dass sich das irgendwann in steigenden Preisen niederschlägt. Bisher fehlte dieser Lehre die Bestätigung durch die Empirie. Denn bisher hatten die vielen Billionen Euro und Dollar, die Fed, EZB und andere Zentralbanken Monat für Monat über Anleihekäufe in die Wirtschaft gepumpt haben, nahezu ausnahmslos den Effekt, die Inflation auf den *Vermögensmärkten* anzuheizen. Sie haben also die Kurse für Aktien und andere Finanzpapiere sowie für Immobilien nach oben getrieben. Der Normalbürger bekam das durch höhere Preise für Wohneigentum und schmerzhafteste Mietsteigerungen zu spüren, letztere vor allem in den Ballungsräumen. Doch jenseits des Immobiliensektors war weit und breit keine Inflation in Sicht. Die Preise stagnierten, in einigen europäischen Ländern sanken sie sogar.

Das hatte vor allem damit zu tun, dass das Geld der Zentralbanken nahezu ausschließlich auf den Finanzmärkten zirkulierte und in der Realwirtschaft gar nicht ankam, erst recht nicht bei normalen Arbeitnehmern, deren Kaufkraft sich in den letzten Jahren kaum erhöhte. Auch die Staaten nutzten die von den Zentralbanken ermöglichte billige Verschuldung hauptsächlich, um krisenbedingte Ausfälle zu kompensieren, Steuersenkungen für die oberen Zehntausend zu finanzieren oder die tolerierte Steuervermeidung gerade der größten und zahlungskräftigsten Unternehmen auszugleichen. Das war zwar mit Blick auf das Gemeinwohl unverantwortlich, inflationstreibend aber war es nicht.

Allerdings werden Rohstoffpreise heutzutage eben auch maßgeblich auf den Finanzmärkten gemacht. Und hier trifft, nicht nur beim Öl, ein Anbieterkartell auf extrem hohe Liquidität, die gegenwärtig darauf setzt, dass das Wachstum in Fernost, aber auch die geplanten Konjunkturprogramme in den USA die reale Nachfrage längerfristig auf hohem Niveau halten werden. Bleiben allerdings die Rohstoffpreise auf dem derzeitigen Level oder steigen noch weiter, wird sich das auch in den Preisen aller Güter niederschlagen, die unter ihrer Verwendung produziert werden. Und das wiederum spricht leider nicht dafür, dass der Preisauftrieb ein kurzfristiges Phänomen ist.

Inflation zu Zeiten Helmut Schmidts hatte andere Gründe

Nun sagen mache: Eine gewisse moderate Preissteigerung schadet nicht. Selbst fünf Prozent sind noch längst nicht das, was man traditionell mit dem Begriff Inflation verbindet. In Zeiten der harten D-Mark zwischen 1957 und 1998 lag die jährliche Preissteigerung in Deutschland im Schnitt bei 3,1 Prozent. Dennoch entwickelte sich die deutsche Wirtschaft in dieser Zeit deutlich besser als in den letzten zwanzig Jahren. Die Wachstumsraten waren höher, in vielen Zukunftstechnologien gehörte Deutschland zu den Weltmarktführern, es gab eine breite Mittelschicht mit tendenziell zunehmendem Wohlstand und die meisten Menschen gingen davon aus, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen selbst. Dem legendären Spruch von Helmut Schmidt, fünf Prozent Inflation seien immer noch besser als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, dürften damals viele zugestimmt haben.

Aber es gab eben zwei entscheidende Unterschiede zur heutigen Situation: Zum einen lagen die Zinsen für sichere Festgeldanlagen in der Regel oberhalb oder zumindest auf gleichem Level mit der Inflation. Der Kleinsparer konnte also die Kaufkraft seiner Ersparnisse weitgehend erhalten und stand nicht vor der Alternative, entweder seine Spargroschen in riskante Anlagen zu investieren, in denen man zwar gewinnen, aber auch ganz viel verlieren kann, oder zuschauen zu müssen, wie das mühsam Angesparte Jahr für Jahr an Wert verliert. Genau das ist aber die Situation, der sich ein Normalverdiener, der Geld für die Wechselfälle des Lebens oder fürs Alter zurücklegen möchte, heute gegenübersieht.

Auf halbwegs sichere Anlagen gibt es seit Jahren keine Zinsen mehr, immer häufiger werden sogar Negativzinsen fällig. Bei anziehender Inflation bedeutet das eine systematische Enteignung des Kleinsparers, während die Inhaber großer Vermögen von der Kursrally auf den Finanzmärkten profitieren und ihr Portfolio so diversifizieren können, dass Rückschläge und Teilverluste in einzelnen Papieren kein Drama sind. Die Kombination von Inflation und Nullzinsen ist auch das ideale Biotop für Goldman Sachs, Blackrock und Co., um ihre Gewinne zu maximieren. Diese Konstellation vergrößert also die gesellschaftliche Ungleichheit und geht vor allem zulasten der Mittelschicht.

Mittelschicht betroffen: Inflation frisst Erspartes und Löhne auf

Aber es gibt noch einen zweiten Unterschied zur Situation in der alten Bundesrepublik. 3,1 Prozent Inflation lassen sich aushalten, wenn die Löhne im Jahresschnitt mit einer deutlich höheren Rate steigen. Das war bis zur Jahrtausendwende der Fall. Zwar entsprach das Lohnwachstum schon seit den Achtzigern nicht mehr der goldenen Regel „Inflation plus Produktivitätswachstum“, aber inflationsbedingte Reallohnverluste gab es fast nie. Was die steigenden Preise dem Arbeitnehmer aus der rechten Tasche herauszogen, kam grosso modo durch höhere Löhne in die linke Tasche wieder rein. Heute dagegen sind für viele Berufsgruppen Lohnsteigerungen, die auch nur annähernd mit den derzeitigen Preissprüngen mithalten, kaum noch vorstellbar. Zwar soll der Mindestlohn bald auf zwölf Euro steigen, aber diese längst überfällige Erhöhung betrifft lediglich die untersten Lohngruppen und damit ein Lohnniveau, von dem man schon seit Jahren in Deutschland nicht mehr wirklich leben kann. Genau deshalb war es für Unternehmen in letzter Zeit ja auch immer schwerer möglich, Arbeitsplätze zu Mindestlohnbedingungen mit einheimischen Arbeitnehmern zu besetzen.

Jenseits des Mindestlohns indes deutet sich derzeit kaum Bewegung bei der Bezahlung guter Arbeit an. Dafür ist der deutsche Arbeitsmarkt seit der Legalisierung irregulärer Arbeitsverhältnisse durch die letzte rot-grüne Regierung viel zu fragmentiert, die Tarifbindung zu gering und die Gewerkschaften zu schwach. Ähnlich sieht es in anderen europäischen Ländern aus, wobei dort noch die hohe Arbeitslosigkeit hinzukommt, die Lohnkämpfe erschwert. Die weitgehend stagnierenden Löhne sind denn auch das Hauptargument, mit dem die EZB begründet, dass es sich bei der aktuellen Inflation um ein vorübergehendes Phänomen handelt und geldpolitisches Gegensteuern unnötig sei.

Ganz logisch ist das nicht. Zwar können Lohnsteigerungen, die dann wiederum auf die Preise durchschlagen, die Inflationsdynamik antreiben. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts war das der Fall. Aber das heißt nicht, dass sich steigende Preise gerade bei Grundbedarfsgütern nicht auch in einer Situation durchsetzen lassen, in denen die Einkommen der meisten Arbeitnehmer sich kaum bewegen. Das bedeutet dann natürlich für den Normalbürger sinkenden Wohlstand und für die ohnehin schon wenig Begünstigten wachsende Armut. Es bedeutet auch, dass die Kaufkraft für alle Güter, die nicht zum Grundbedarf zählen, geringer wird. Aber das wird bei diesen Gütern nur dann zu sinkenden Preisen führen, wenn der Wettbewerb stark ist. Genau das aber ist in unserer Wirtschaft in immer weniger Bereichen der Fall.

Wie immer: Die Großen profitieren auf Kosten der Kleinen

Und hier kommen wir zu einem zentralen Punkt des aktuellen Inflationsproblems, der in der Regel übersehen wird. Es gibt immer mehr Märkte, in denen wenige Anbieter eine derart dominante Stellung haben, dass sie das Preisniveau steuern und bestimmen können. Dieser Trend, der durch die Digitalisierung begünstigt und durch korrumpierte oder komatöse Kartellbehörden ermöglicht wurde, hat durch die **Corona-Krise** einen massiven Schub erhalten. Nachdem der Konzentrationsgrad im deutschen Dienstleistungssektor bereits zwischen Mitte der neunziger Jahre und 2014 um 41 Prozent zugenommen hatte, sind in der Corona-Zeit auf einen Schlag tausende kleine Anbieter vom Markt verschwunden. Und mit jedem Gastwirt, Bäcker oder Einzelhändler, der zur Aufgabe gezwungen wird, wächst der Einfluss der großen Ketten.

Nicht zu vergessen, dass die Corona-Lockdowns digitalen Riesen wie Amazon einen unvorstellbaren Zugewinn an Macht beschert haben. Amazon wiederum diktiert seinen Händlern nicht nur die Preise auf der eigenen Plattform, sondern untersagt ihnen auch, ihre Produkte andernorts günstiger anzubieten. Ein einzelnes Unternehmen bestimmt so über die Preisgestaltung hunderttausender Anbieter in weiten Bereichen des Einzelhandels. Mit Marktwirtschaft und Wettbewerb im klassischen Verständnis hat das nichts mehr zu tun.

Begünstigt werden steigende Preise zusätzlich dadurch, dass scheinbar selbständige große Unternehmen immer häufiger die gleichen dominanten Anteilseigner haben. Dass der zunehmende Einfluss von BlackRock, Vanguard und Co. Wettbewerb unterbindet und die Preise hochtreibt, ist schon 2016 in amerikanischen Studien untersucht und nachgewiesen worden. Geschehen ist nichts, im Gegenteil, die Politik hat durch Rentenkürzungen und maßgeschneiderte private Altersvorsorgeprodukte alles dafür getan, die Macht dieser Finanzgiganten weiter zu erhöhen. Aus all diesen Gründen sind zumindest in Teilbereichen signifikante Preissteigerungen auch bei stagnierenden Löhnen möglich.

Politik ist jetzt am Zug: Schulden abbauen, um Zinsen erhöhen können

Was wäre zu tun? Richtig ist, dass die Zentralbanken den Krisenmodus der letzten zwölf Jahre verlassen müssen. Dass sich die Zinsen für sichere Anlagen normalisieren, also in etwa auf dem Level der Inflation einpendeln und so die Enteignung der Mittelschicht gestoppt wird, ist eine Grundvoraussetzung für ein stabiles Währungssystem. Aber damit die Zentralbanken aus dem Krisenmodus herauskommen *können*, muss zunächst einmal die Krise nachhaltig überwunden sein.

Dafür aber liegt der Ball im Feld der Politik. Der Euroraum wird sich wohl erst dann wieder gut entwickeln können, wenn zum einen das Währungssystem flexibilisiert wird, so dass die Währung nicht das eine Land erdrückt, während sie für das andere zu weich ist. Zum anderen muss der immense Schuldenüberhang, der derzeit Zinserhöhungen nahezu unmöglich macht, abgetragen werden. Und zwar nicht durch Inflation zulasten der Mittelschicht, wie es aktuell geschieht, sondern durch einen gezielten politischen Schnitt auf Kosten derer, die von den Schulden profitiert haben. Dass das nicht der Normalbürger war, lässt sich an der Vermögensstatistik ablesen. Während die Vermögen der Mittelschicht in allen europäischen Ländern tendenziell nach unten zeigen, sind die Vermögen der oberen zehn Prozent seit der Jahrtausendwende geradezu explodiert. Besonders extrem zeigt sich das in der Corona-Zeit, in der das beispiellose Schuldenwachstum der öffentlichen Hand, aber auch vieler Unternehmen und Privatleute von einer ebenso beispiellosen Vermögensbonanza der Finanzelite begleitet wurde.

Zweitens muss die Politik alles dafür tun, dass Märkte und Wettbewerb in unserer vermeintlichen Marktwirtschaft wieder halbwegs funktionieren. Statt sich mit aller Macht einem gerechteren Steuersystem zu widersetzen, hätte die FDP hier in der neuen Regierung ein sinnvolles Betätigungsfeld. Freilich, der letzte **FDP-Politiker**, der den Mut hatte, ein Entflechtungsgesetz auch nur ins Gespräch zu bringen, war Reiner Brüderle. Das ist schon ziemlich lange her, und auch bei Brüderle verschwand das Projekt schnell in den Aktenschränken.

Drittens sollte der Staat sich dort zurücknehmen, wo er in jüngster Zeit selbst als Preistreiber aufgetreten ist. Man darf nie vergessen: große Teile des Spritpreises bestehen aus Steuern. Die Einführung der CO₂-Abgabe am Anfang dieses Jahres hat den Preisauftrieb gerade im Energiebereich zusätzlich verstärkt. Während **Frankreich** derzeit mit Preisdeckeln gegen Wucherpreise bei Strom und Gas vorgeht, sinnieren einige in Deutschland lieber über die Vorzüge der „grünen Inflation“, die uns durch galoppierende Energiepreise ins klimapolitische Paradies befördern soll. Das ist natürlich vollkommener Quatsch. Die Alternative des Normalbürgers zu hohem Gas-, Heizöl- oder Spritverbrauch heißt augenblicklich Frieren und Jobverlust, denn auch viele Arbeitswege lassen sich derzeit eben nur mit dem Auto und ganz sicher nicht mit dem Lastenfahrrad bewältigen. Wer den Klimawandel ernsthaft stoppen will, muss Innovation und neue Technologien fördern und da, wo es sinnvoll ist, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr ausbauen. „Arm aber CO₂-neutral“ dagegen ist ganz sicher keine Perspektive, die bei den Bürgern Freude auslöst.

Und viertens schließlich sollten die Regeln am Arbeitsmarkt so verändert werden, dass Arbeitnehmer und Gewerkschaften wieder höhere Lohnsteigerungen durchsetzen können. Wegen des größeren Wettbewerbs würden die dann zumindest teilweise zulasten der Gewinnspannen gehen, vor allem da, wo letztere in den zurückliegenden Jahren unverschämt ausgedehnt wurden. Immerhin ist die deutsche Wirtschaftsleistung seit 1991 um 40 Prozent gewachsen, der durchschnittliche Bruttolohn aber nur um 16 Prozent. Wir erleben also seit 30 Jahren eine stetige Umverteilung weg von den Arbeits- und hin zu den Vermögenseinkommen. Diese leistungsfeindliche Entwicklung muss endlich gestoppt und umgekehrt werden.

Fazit

Weder mit den aktuellen Preissteigerungen noch mit Negativzinsen für Kleinsparer muss man sich also abfinden. Und es ist auch nicht progressiv, die Bedeutung dieser Fehlentwicklungen kleinzureden. Progressiv wäre es, einen Ausweg zu suchen, der die gesellschaftliche Ungleichheit verringert, und das politische Rückgrat aufzubringen, diesen Ausweg auch gegen Widerstände durchzusetzen. Nach allem, was bisher von den Ampel-Sondierungen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, muss man allerdings leider davon ausgehen, dass Politiker mit Rückgrat auch in der nächsten Bundesregierung eher rar sein werden.



Sahra Wagenknecht

Britta Pedersen/dpa-Zentralbild



Sahra Wagenknecht [f](#) [t](#) [i](#)

Freitag, 18.06.2021, 17:54

Österreichs Rentner bekommen fast 90 Prozent ihres letzten Nettoverdiensts, deutsche Rentner bloß rund 50 Prozent. Nach 35 Jahren Arbeit mit mittlerem Einkommen erwerben Deutsche im Moment Rentenansprüche auf Hartz-IV-Niveau. Warum? Deutschland hat keine überalterte Gesellschaft, nein: In Deutschland verdienen Arbeiter immer weniger Geld. Dadurch fließt auch immer weniger Geld in die Rentenkasse, Herr Altmaier.

https://www.focus.de/politik/deutschland/weitergedacht/weitergedacht-wagenknecht-kolumne-corona-half-den-milliardaeren-bluten-muessen-die-rentner_id_13400503.html